

"Information" zu Gründung und Vorhaben des Neuen Forums

1989 geriet das SED-Regime in der DDR weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Im September starteten mehrere Bürgerrechtsinitiativen, die die Staatssicherheit argwöhnisch beobachtete. Nachdem eine offizielle Anmeldung der Gruppe Neues Forum vom Innenministerium als "staatsfeindliche Plattform" abgelehnt wurde, reagierten deren Initiatorinnen und Initiatoren unbeeindruckt.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teil schon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen. Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten. Auf der Gegenseite hat die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert, einzuschüchtern und zu zersetzen versucht. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperrern, war ihr nicht möglich. Weil das als "politische" (nicht als rechtliche) Frage galt, hätte die Stasi dazu vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Bürgerrechtsinitiative mit der bald größten öffentlichen Resonanz war das Neue Forum, das am 9./10. September in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen wurde. Ihre Kernbotschaft lautete: "Die Zeit ist reif." Von der Staatssicherheit wurde sie genau beobachtet. Das Neue Forum war eine von mehreren politischen Initiativen, die in diesen Wochen gestartet wurden oder, schon etwas länger in Vorbereitung, nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gingen: die Initiative für die Schaffung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die "Vereinigte Linke", der "Demokratische Aufbruch" und "Demokratie jetzt". Zudem solidarisierten sich Liedermacher und Prominente aus der Rockmusikszene mit den Forderungen der Bürgerrechtsgruppen. Das war auch aus Sicht der Stasi "eine neue Qualität" des Vorgehens "feindlicher, oppositioneller Kräfte".

Die Gründungsmitglieder des Neuen Forums verstanden ihr Vorhaben mehr als Bürgerinitiative, denn als Organisationsgründung. Sie bemühten sich, eine Plattform für breitesten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Diktatur zu schaffen, auch einfache SED-Mitglieder sollten dafür gewonnen werden. Deshalb war ihr Aufruf relativ allgemein gehalten und betonte mehr die Anerkennung von Problemen und die Notwendigkeit offenen Dialogs, als dass er bereits politische Lösungen propagieren würde. Aus dem gleichen Grund bedienten sie sich eines legalistischen Verfahrens: Sie versuchen, das Neue Forum nach der Vereinigungsverordnung der DDR beim Innenministerium und in den Bezirken offiziell anzumelden. Am 21. September lehnte dies das Innenministerium mit der Begründung ab, es handle sich um eine "staatsfeindliche Plattform". Die Initiatorinnen und Initiatoren ließen sich dadurch nicht einschüchtern, sondern legten mit Hilfe des Anwalts Gregor Gysi rechtlichen Einspruch ein. Für die Auseinandersetzungen und Demonstrationen der folgenden Wochen war damit ein symbolisches Thema gesetzt: "Neues Forum zulassen!" wurde zu einer zentralen Parole der Protestbewegung.

In der vorliegenden "Information" der Staatssicherheit wird geschildert, wie die Personen, die zuvor einen Antrag auf Legalisierung des Neuen Forums gestellt hatten, auf die Ablehnung ihres Vorhabens reagierten. Wenig beeindruckt von der Ermahnung, alle weiteren Aktivitäten des Neuen Forums einzustellen, diskutierten die Beteiligten, wie die Bekanntheit der Initiative zu steigern und weitere Mitglieder zu gewinnen seien.

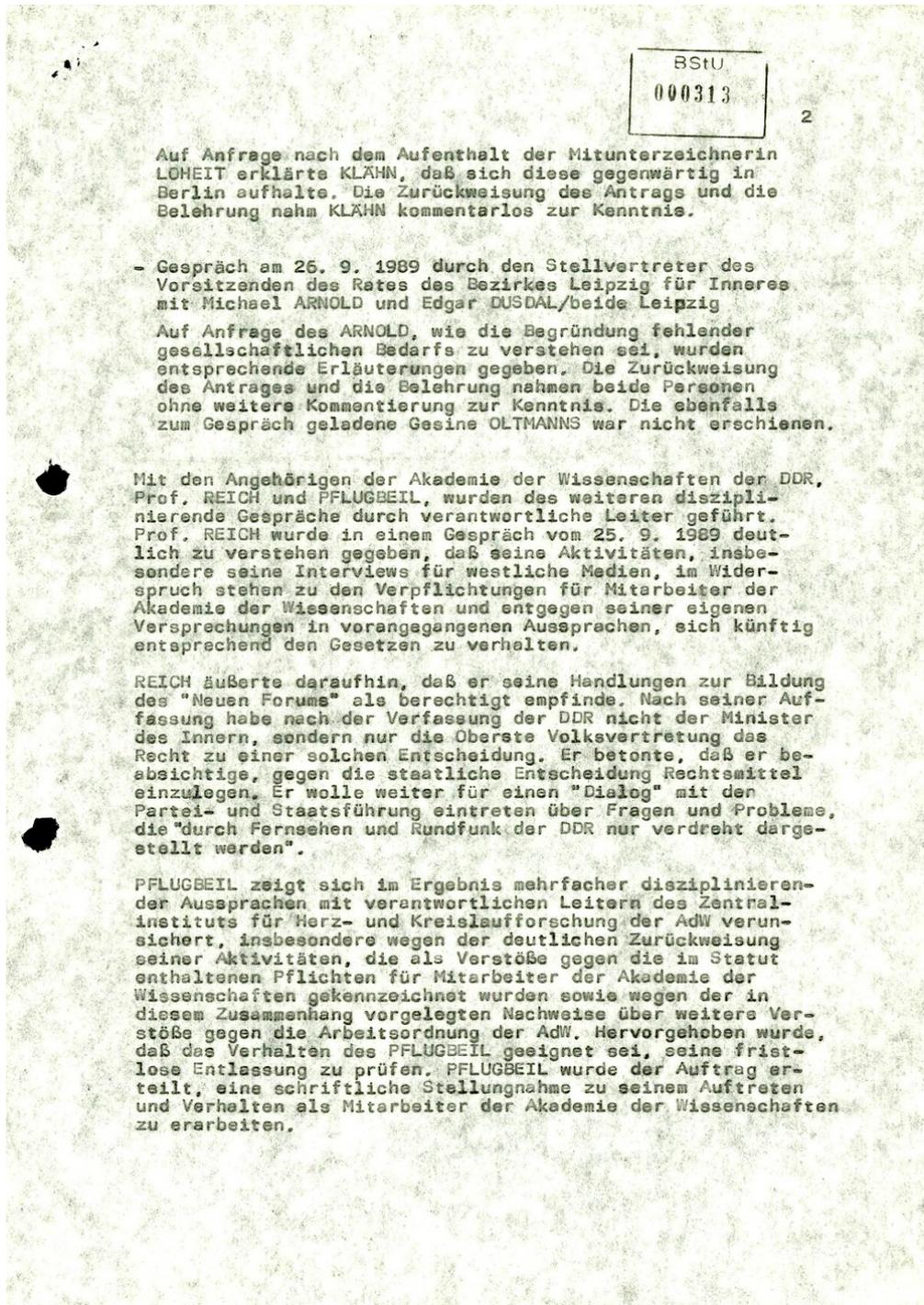
Signatur: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5624, Bl. 312-314

Metadaten

Dienst Einheit: Hauptabteilung XX
Rechte: BStU

Datum: 26.9.1989
Überlieferungsform: Dokument

"Information" zu Gründung und Vorhaben des Neuen Forums



Signatur: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5624, Bl. 312-314

Blatt 313

"Information" zu Gründung und Vorhaben des Neuen Forums

BStU
000314 3

Die BOHLEY informierte unmittelbar im Anschluß an das mit ihr und der SEIDEL im Ministerium des Innern geführte Gespräch den HIRSCH/WB über dessen Inhalt und Verlauf. HIRSCH sagte eine umgehende Weiterleitung der Information zu. Des weiteren nahm sie Kontakt zum ZDF-Büro auf und beantwortete Anfragen von DPA und "Radio 100". (In den Fernsehsendungen "heute"/ZDF und "Tagesschau"/BRD vom 25. 9. 1989 sowie weiteren Rundfunksendungen wurde bereits über den Inhalt des Gespräches im MdI informiert.)

Am Abend des 25. 9. 1989 trafen in der Wohnung der BOHLEY u. a. REICH, PFLUGBEIL, SEIDEL und HENRICH zusammen. Es wurde darüber diskutiert, die Aktivitäten zur Popularisierung des "Neuen Forums" sowie zur Gewinnung weiterer Mitglieder fortzusetzen und zu versuchen, eine Nachprüfung der staatlichen Ablehnungsentscheidung zu erwirken.

Inoffiziell wurde erarbeitet, daß die BOHLEY ihr weiteres Vorgehen u. a. mit EPELMANN abstimmen will.

Zur HAVEMANN wurde bekannt, daß sie sich mit HENRICH abgestimmt habe, der Vorladung zu einem Gespräch am 26.9.1989 im Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder nicht Folge zu leisten und auf eine schriftliche Ablehnungsentscheidung zu warten.

Für den 26. 9. 1989 ist beabsichtigt, ein Zusammentreffen von Unterzeichnern des Gründungsaufzuges des "Neuen Forums", vermutlich in der Wohnung der BOHLEY, durchzuführen, auf dem über das weitere Vorgehen beraten werden soll.

Des weiteren liegen Hinweise über ein beabsichtigtes Treffen des EPELMANN am 26. 9. 1989 mit dem Presseattaché der französischen Botschaft in der DDR, ROUSSEAU, und dem 2. Sekretär der USA-Botschaft in der DDR, TROUTMAN, in der Wohnung des EPELMANN vor.

Am 25. 9. 1989 traf beim Rat der Stadt Cottbus ein Einschreibebrief mit Rückerschein zur Anmeldung des "Neuen Forums" ein, unterzeichnet durch

[REDACTED]

Am 25. 9. 1989 ging beim Rat des Bezirkes Schwerin ein von drei operativ bekannten Personen (Unterzeichner provokativer Schreiben) "im Auftrag des Pfarr- und Mitarbeiterkonvents Beeskow" unterzeichnetes Schreiben ein, in dem die Zustimmung zum Anliegen des "Neuen Forums" sowie die Befürwortung einer rechtlichen Zulassung zum Ausdruck gebracht wird. Das Schreiben trägt die Überschrift "An den Staatsrat der DDR, an alle Räte der Bezirke und an den Rat des Kreises Beeskow".

Signatur: BStU, MfS, HA XX/AGK, Nr. 5624, Bl. 312-314

Blatt 314